Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

47

Sozialdemokratie macht keinen Staat mehr . . .

mit Beiträgen von: Gert-Joachim Glaesner / Frieder O. Wolf / Christine Buci-Gluckman / Otto Kallscheuer / Angelo Bolaffi, Giacomo Marramao / Wolfgang Fach / Gerd Rudel / Peter Brandt, Günter Minnerup / Heide Gerstenberger / Rudolf Hickel, Michael Ernst-Pörksen.

★

Einzelheft DM 12.–

im Abo DM 10.–

Rotbuch Verlag

Michael Ernst-Pörksen / Rudolf Hickel
Strategieprobleme alternativer Wirtschaftspolitik *

Der Arbeitskreis »Alternativen der Wirtschaftspolitik« legt seit nunmehr sieben Jahren »Memoranden« und »Sondermemoranden« vor.
In ihnen fordert er vor allem eine Umkehr der staatlichen Wirtschaftspolitik zugunsten einer mittelfristig angelegten beschäftigungspolitischen Offensive. Derweil geht die Bundesregierung längst andere Wege, die Diskrepanz zwischen dem, was der Memorandumkreis Jahr für Jahr fordert, und dem, was die Bundesregierung Jahr um Jahr tut, wird immer größer. Sind die Memoranden deshalb bloß Makulatur, nach dem Motto »Alle Jahre wieder« (taz im Mai '81)? Der Memorandumkreis sieht in den Gewerkschaften den wichtigsten Adressaten seiner Publikationen, während der DGB in zunehmendem Maße – zuletzt mit seiner wohlwollenden Beurteilung der beschäftigungspolitischen »Gemeinschaftsinitiative« – auf die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der sozialdemokratischen Regierungsfraktion orientiert. Heißt dies, daß die Memoranden »keinen Adressaten« mehr haben (Lohmann, 1980, S. 54), hatten sie je einen oder üben sie sich generell in »politischem Voluntarismus« (ebd., S. 53)? Die Vorschläge der Memoranden zielen auf die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung über den gebrauchswertorientierten Aus- und Umbau gegebener Produktionsstrukturen. Zentrales strategisches Element dieser Orientierung ist die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, öffentlicher wie privater. Ist dies nicht illusorisch angesichts der Tatsache, daß zur Herstellung von Vollbeschäftigung Wachstumsraten des Sozialprodukts erforderlich wären, »die selbst unter wesentlich günstigeren Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht erzielt wurden« (Hübner/Stanger, 1981, S. 70; gemeint sind die 50er und frühen 60er Jahre in der BRD)? Und sind solche Wachstumsraten mit Blick auf ihre ökologischen und sozialen Implikationen überhaupt wünschenswert, verbirgt sich hinter der Orientierung auf Wachstum nicht eine »ökologisch unheilvolle Allianz zwischen Profit-und Beschäftigungsmaximierern« (Spahn, 1980, S. 535; ähnlich Berger, taz 13.7.81)?
Wir wollen versuchen, im folgenden Beitrag auf diese und andere Fragen/Kritiken zur Arbeit des Memorandumkreises einzugehen.

1.

Ein auf politisch-praktische Relevanz angelegtes Konzept alternativer Wirtschaftspolitik erweist sich nur dann als tragfähig, wenn es auf einer theoretisch begründeten und empirisch

* Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das die Autoren gemeinsam mit Dieter Eißel auf einer Tagung am »Zentrum für interdisziplinäre Forschung« (ZIF) zum Thema »Alternativen der Wirtschaftspolitik« im Juli 1981 vorgelegt haben. Der Beitrag gibt die Auffassung der Autoren und nicht unbedingt in jedem einzelnen Punkt die der übrigen Mitglieder des »Memorandumskreises« wieder.

belegbaren Analyse sowohl der Ursachen krisenhafter Wirtschaftsentwicklung als auch der Grundlagen wirtschaftspolitischen Handelns beruht.
Die *Analyse der ökonomischen Grundstruktur und der Wirkungsmechanismen des wirtschaftspolitischen Eingriffs* soll Einfallstellen und Spielräume alternativer Wirtschaftspolitik offenlegen. Dabei zeigt sich vor allem zweierlei:
Der Glaube an die Wirksamkeit eines traditionellen Keynesianismus, der zugunsten bloßer Einkommenseffekte auf eine Gebrauchswertorientierung verzichtet, entpuppt sich zunehmend als Illusion. Der allein monetär instrumentierte Eingriff auf der Nachfrageseite führt kurzfristig und in relevantem Ausmaß zu preispolitischen Mitnahmeeffekten der Unternehmen und konserviert teilweise ineffiziente Formen des Einsatzes der gesellschaftlichen Arbeit. Daraus ist zunächst der Schluß zu ziehen, daß der wirtschaftspolitische Eingriff über die bloß monetäre und globale Steuerung des ökonomischen Kreislaufs hinaus strukturreformerische Elemente beinhalten muß, die das ökonomische System sowie das Verhältnis von Ökonomie und Politik modifizieren. Die ökonomische (!) Analyse zeigt auch, in welche Richtung diese Modifikation stattfinden muß: der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß muß der bornierten Kapitalrationalität entzogen und der bewußten gesellschaftlichen Planung unterworfen werden.
Gleichzeitig muß sich die Analyse - immer unter Berücksichtigung dieser längerfristigen Orientierung - auf die Untersuchung der jetzt vorhandenen wirtschaftspolitischen Spielräume konzentrieren. Hier kann durchaus auf die Keynessche Analyse zurückgegriffen werden. Sie zeigt - im Unterschied und im Gegensatz zur neoklassischen Marktorthodoxie - die Notwendigkeit der staatlichen Steuerung unter Beibehaltung der Basisinstitutionen des kapitalistischen Marktsystems plausibel und empirisch evident auf der Basis kreislauftheoretischer Überlegungen auf: Der gewinnvermittelte Steuerungsmechanismus führt tendenziell zu Kollektivillusionen (Landmann). Staatliche Politik gilt als strategische Stelle zur Kompensation marktwirtschaftlicher Instabilitätsprobleme.
Aus diesen Hinweisen folgt, daß sich die Entwicklung wirtschaftspolitischer Alternativen im hier vertretenen Sinne auf zwei miteinander verbundene Ziele auszurichten hat: Zum einen muß sie die interessenbedingt eng gehaltenen, aber dennoch existierenden Spielräume für staatliche Wirtschaftspolitik aufzeigen. Zum anderen muß sie institutionelle Strukturformen konzipieren, die die Gestaltung einer ökologisch vertretbaren versorgungs- und beschäftigungssichernden Politik zulassen.
Aus dieser doppelten Zielsetzung lassen sich die konkreteren Elemente einer alternativen Wirtschaftspolitik formulieren:

2.

Alternative Wirtschaftspolitik in unserem Sinne ist demokratische Wirtschaftspolitik, die sich auf das gesamte Wirtschaftsleben und der mit ihm betroffenen Lebensbereiche bezieht. Demokratische Wirtschaftspolitik macht sich die Entwicklungsbedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu eigen. Dies bedeutet gegenwärtig vor allem, für die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit für alle, für die Humanisierung des Arbeitslebens und die Sicherung einer angemessenen Reproduktion sowie für die Herstellung ökologisch vertretbarer Lebensbedingungen aktiv zu werden. Weil aber unter kapitalistischen Systembedingungen gerade diese Ziele systematisch verfehlt werden, richtet sich eine demokratische Wirtschaftspolitik gegen jenes Interesse, das für diese Systembedingungen steht, das Kapitalinteres-

se. Und weil der Durchsetzung der genannten Ziele um so höhere Barrieren entgegenstehen, je mehr Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion unter der Regie des Privatkapitals geführt werden, ist eine demokratische Wirtschaftspolitik auf die Vergesellschaftung der Kernbereiche der sozio-ökonomischen Reproduktion gerichtet. Auch wenn die Arbeit des Memorandumkreises vor allem auf staatliche Politik konzentriert ist, umfaßt der Begriff der Vergesellschaftung im Kontext demokratischer Wirtschaftspolitik die Entwicklung einer ganzen Vielfalt von Formen des gemeinnützigen Eigentums, der Verstaatlichung und dezentral selbstverwalteter Sozial- und Versorgungssysteme.
Damit soll gleichzeitig die kontinuierliche Versorgung aller Teile der Bevölkerung mit den für ihr Leben notwendigen Gütern gewährleistet werden, ebenfalls ein Ziel, das bei Vorherrschaft des Kapitalinteresses nur zufällig und selbst dann allenfalls annähernd erreicht wird. Die Lösung der gesellschaftlichen Reproduktion vom Primat der Kapitalverwertung bietet daher die langfristige Orientierung demokratischer Wirtschaftspolitik.
Langfristige Orientierung ist jedoch nicht gleichbedeutend mit »Fernziel«, sondern bietet die Richtschnur für das heute notwendige Handeln. Die vom Memorandumkreis vorgeschlagenen Strukturreformen sind in diesem Sinne zu interpretieren. Es geht dabei vor allem um die Einrichtung überbetrieblicher Formen der Mitbestimmung (Wirtschafts- und Sozialräte), um eine wirksame Einbeziehung der Betriebsräte bei der Vergabe öffentlicher Mittel (Subventionen) an private Unternehmen, Übernahme der Selbstverwaltung der Arbeitsämter bzw. der Bundesanstalt der Arbeit durch die Gewerkschaften sowie die Vergesellschaftung jener Bereiche, deren privatwirtschaftliche Struktur dem gesellschaftlichen Bedarf nicht gerecht wird (Beispiel: Wohnungsbau) oder den technischen Wandel und die internationale Koordination nur über die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen vollziehen kann (Beispiel: Stahlindustrie).
Über solche, mittelfristig wirksame Maßnahmen hinaus, die öffentliche Produktion und Mitbestimmung gegen private Kapitalanlage und autonomes Entscheiden durch die Kapitalbesitzer bzw. deren Vertreter setzen, muß demokratische Wirtschaftspolitik zu jedem Zeitpunkt mit den jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln und Instrumentarien kurzfristig wirkende Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, die vorhandenen Arbeitsplätze menschengerecht zu gestalten und um gesellschaftlichen Mindestbedarf an privater und öffentlicher Produktion zu befriedigen. Zu diesem Zweck ist der fiskalische Eingriff des Staates in den ökonomischen Kreislauf ebenso gefordert wie die unmittelbare Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen Bedarfs durch den Staat, Selbstverwaltungsorganisationen, Genossenschaften etc. Auch bei dieser Art von Maßnahmen orientiert sich eine demokratische Wirtschaftspolitik an den Interessen der abhängig Beschäftigten. So scheiden hier ökologisch belastende Maßnahmen ebenso aus wie solche, die einen Teil der Lohnabhängigen diskriminieren (etwa Arbeitsverbote für ausländische Arbeiter) als auch solche Maßnahmen, die das Einkommen der abhängig Beschäftigten senken.
Der Memorandumkreis hat in der Vergangenheit wie auch in seinem jüngsten Memorandum versucht, die Grundlinien für ein solches, kurzfristig greifendes Beschäftigungsprogramm zu formulieren. Im Vordergrund solcher Programme steht die versorgungs- und beschäftigungspolitische Aktivierung des Staatshaushalts. Hierzu gehören vor allem kreditfinanzierte Ausgaben des Staates, die brachliegendes Geldkapital mobilisieren und so gesellschaftlich unmittelbar empfundene Mängel beseitigen helfen. Solche Mangelbereiche sind gegenwärtig der öffentliche Personennahverkehr, der Wohnungsbau, der Umweltschutz,

die Berufsbildung und die sozialen Dienste sowie gesellschaftliche nützliche Wachstumsfelder wie ökologisch orientierte Investitionen zur Energieeinsparung und -substitution, um nur die wichtigsten zu nennen. Solche Bereiche sind jedoch sicherlich nicht der Autobahnbau, der Flughafenbau, die Aufrüstung von Militär und Polizei sowie der Bau von Kernkraftwerken.

Indem sich demokratische Wirtschaftspolitik für jene Ausgabenbereiche entscheidet, die hohe Beschäftigungseffekte besitzen *und gleichzeitig* gesellschaftliche Mangelbereiche bedienen, reduziert sie Arbeitslosigkeit und verbessert die Lebenslage weiter Bevölkerungskreise in einem Zuge. Beschäftigungs- und Produktionsstrukturpolitik bilden eine *Einheit*. Um selektive Politik, die den regionalen und sozialen Bedarfslagen entspricht, betreiben zu können und um Bürgerbeteiligung (Demokratie von unten) zu sichern, bedarf es dabei einer Stärkung dezentraler, autonomer – wenngleich gesamtgesellschaftlich koordinierungsfähiger – Entscheidungsmacht.

Kritiker derartiger Beschäftigungsprogramme wenden sich vor allem gegen deren Finanzierung über die staatliche Kreditaufnahme; sie bezeichnen diese als unseriös. Dagegen halten wir eine Ausweitung der Staatsverschuldung nicht nur für möglich, sondern sehen diese als ein notwendiges Element demokratischer Wirtschaftspolitik zum gegenwärtigen Zeitpunkt an. Solange es nämlich den Kapitalbesitzern »freigestellt« ist, in welchen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion sie in welchen Größenordnungen investieren, muß eine demokratische Wirtschaftspolitik spätestens dann einschreiten, wenn unternehmerische Gewinne nicht in beschäftigungssichernde Investitionen gelenkt werden. Sie muß vor allem in zunehmendem Maße das nicht investiv verwendete unternehmerische Sparaufkommen mobilisieren. Ein Weg hierfür ist die Abschöpfung dieser Geldvermögen durch Staatskredite, ein anderer wäre die Steuerabschöpfung jener nicht für Sachinvestitionen genützten Unternehmensgewinne.

Mittelfristig werden beide Wege verstärkt beschritten werden müssen. Gegenwärtig bietet sich vor allem die Staatsverschuldung an, weil die politischen Widerstände und die mangelhafte Ausgestaltung des Steuerinstrumentariums kurzfristig nicht aufzuheben sind. Demokratische Wirtschaftspolitik nutzt also die Verschuldung des Staates für die Finanzierung sinnvoller Staatsausgaben, die geeignet sind, Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Eine andere Wirtschaftspolitik, die sich nicht primär auf die Entwicklungsbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit bezieht, wird ohne einen Abbau des Sozialstaates ebenfalls zu steigender Staatsverschuldung führen, weil mit wirtschaftlicher Stagnation und zunehmender Arbeitslosigkeit die Steuereinnahmen weniger stark wachsen oder sogar sinken, während immer mehr Menschen auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind, weil ihnen die eigene Erwerbstätigkeit verwehrt wird. Die Forderung nach einem wirksamen Abbau der Staatsschulden, impliziert somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit notwendiger Konsequenz die Demontage des Sozialstaates, da sie dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit nichts entgegensetzt, gleichzeitig aber die damit wachsenden Anforderungen an die Sozialhaushalte nicht finanzieren will. Die gegenwärtige Debatte um Staatsverschuldung in der BRD zeigt deutlich, daß die Forderung nach Haushaltskonsolidierung und die Tabuisierung einer Ausweitung der Staatsschuld allein dem Zweck dienen, den Abbau des Sozialsystems und den Rückzug des Staates aus der Beschäftigungspolitik in der Öffentlichkeit als zwingendes wirtschaftspolitisches Erfordernis erscheinen zu lassen. Einer demokratischen Wirtschaftspolitik hingegen dient der strategische Einsatz der Staatsverschuldung einerseits zur Reduktion der Belastung der Sozialhaushalte, gleichzeitig aber auch zu deren Finanzierung.

Die damit ermöglichte (Vor-) Finanzierung von zusätzlichen Arbeitsplätzen ist billiger als die Finanzierung von Arbeitslosen.
Daß die Staatsverschuldung zu gesamtwirtschaftlich negativen Effekten führt, ist bisher nicht erwiesen; dafür aber das Gegenteil: konjunkturpolitische Zurückhaltung des Staates verschärft die Krise und erhöht gleichzeitig die staatlichen Defizite. Das Problem der wachsenden Zinsbelastung des Staatshaushaltes soll hier nicht vernachlässigt werden. Es ist aber erstens darauf hinzuweisen, daß den Zinslasten zu einem gewissen Teil die Kosten wachsender Arbeitslosigkeit als Folge einer Nichtverschuldung gegenüberzustellen sind und daß zweitens eine Reform des Schuldenmanagements - etwa durch stärkeren Einbezug des Zentralbankkredits - geringere Zinskosten hervorrufen würde. Auch hierzu hat der Memorandumkreis detaillierte Vorschläge veröffentlicht.
Neben dem staatlichen Eingriff in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf stellt die Verkürzung der individuellen Arbeitszeit für eine demokratische Wirtschaftspolitik gegenwärtig das zentrale konjunktur- und strukturpolitische Instrument zur Verringerung der Arbeitslosigkeit dar. Diese Maßnahme kennzeichnet deutlich die doppelte Zielsetzung einer demokratischen Wirtschaftspolitik, die sie zudem als historisch angemessene Wirtschaftspolitik ausweist: Ökonomisch wirkt die Arbeitszeitverkürzung in Richtung Durchsetzung des Rechts auf Arbeit bei technischem Fortschritt, gesellschaftspolitisch schafft sie gleichzeitig Raum für eine stärkere Beteiligung der arbeitenden Menschen an der Bewältigung jener Aufgaben, die sich zukünftig auch nur unter breiter Beteiligung der Bevölkerung lösen lassen (Energie- und Umweltprobleme; dezentrale Planung der gesellschaftlichen Reproduktion; etc.). Diese Politik weist in Bezug auf die Entwicklungsmöglichkeiten also völlig andere Strukturen auf, als eine Politik, die Arbeitszeitverkürzung nicht betreibt, weil diese die manövrierbare Masse der Arbeitslosen kurzfristig erheblich reduzieren würde.
Drittes Glied in der Kette kurzfristig greifender Maßnahmen ist die Vermeidung restriktiver Geldpolitik. Auch hier wird nur langsam über strukturelle Reformen erreicht werden können, daß die Gestaltung des Geldwesens aus scheinbar unabhängigen, auf jeden Fall aber demokratisch nicht kontrollierten Gremien herausgelöst wird. Kurzfristig setzt demokratische Wirtschaftspolitik auch gegen die gegenwärtige internationale Hochzinstendenz auf eine Geldpolitik, die die expansive Haushaltspolitik durch ein niedrigeres Zinsniveau zu unterstützen versucht. Mit Hilfe von Fonds (z.B. im Wohnungsbau), die durch niedrig oder gar nicht zu verzinsende Beiträge (Zwangsabgaben der Kapitalsammelstellen, abgeschöpfte Gewinne aus der Bodenspekulation etc.) gespeist würden, ließe sich darüberhinaus eine Abkoppelung bzw. Spaltung vom Kapitalmarkt und dessen internationalen Einflüssen erreichen und die prozyklische Wirkung der Hochzinspolitik vermeiden.
Kritiker einer solchen Politik reklamieren inflationäre Folgen einer expansiven Haushalts- und Geldpolitik. Bei genauerer Analyse jedoch ergibt sich, daß inflationäre Tendenzen in diesem Falle nicht von der Wirtschaftspolitik ausgehen, sondern von der unternehmerischen Preissetzungspolitik angesichts der mit staatlicher Hilfe bewerkstelligten Nachfragesteigerung. Dies ist allerdings ein wichtiger Unterschied. Wenn nämlich der inflationäre Prozeß immer dann in Gang kommt bzw. sich beschleunigt, wenn die Nachfrage expandiert, dann wird die Inflation für jeden Politiktyp zum Problem, der auf den konjunkturellen Aufschwung hinarbeitet. Umgekehrt zeigt sich, daß eine Politik der Restriktion volkswirtschaftlicher Ausgaben, die die Aufschwungsdynamik blockiert, keineswegs eine wirksame Antiinflationspolitik darstellt, dafür aber die Arbeitslosigkeit erhöht und die Rezession vertieft (vgl. England, USA).

Konjunkturpolitik ist ihrer Qualität nach immer auch produktionsorientierte Wachstumspolitik, weil sie die gesamtwirtschaftlichen Gebrauchswertstrukturen beeinflußt, die künftigem Wachstum zugrundeliegen. Demokratische Wirtschaftspolitik orientiert auf ein Wachstum, das die natürlichen Grundlagen der gesellschaftlichen Reproduktion, die menschliche Arbeitskraft und die natürliche Umwelt, nutzt, statt sie zu zerstören. Auch hier sind die Entwicklungsbedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung bzw. der Gesellschaft als Ganzes die orientierende Größe und nicht die jeweiligen Verwertungschancen des privaten Kapitals.

Dabei setzt der Memorandumkreis keineswegs auf eine Rückkehr zu den Wachstumsraten der bundesrepublikanischen »Gründerjahre«, sondern auf einen Wachstumstyp, der – angebunden an eine gesamtgesellschaftliche Rahmenplanung – Steigerungen der Arbeitsproduktivität zur Verkürzung der Arbeitszeit nutzt, Umgestaltungen des Arbeitsprozesses an das Ziel der Humanisierung der Arbeit bindet, Wachstum nicht allein quantitativ faßt und deshalb auch nicht zum Fetisch machen muß, sondern einen Anstieg der materiellen Güterproduktion dem Ziel der Wiederherstellung ökologisch vertretbarer Lebens- und Produktionsbedingungen unterordnet.

Außenwirtschaftlich orientiert sich demokratische Wirtschaftspolitik auf internationale Kooperation und nicht auf die kontraproduktive Herstellung von Vormachtspositionen im internationalen Handel. Der Memorandumkreis hat aus diesem Grunde bisher immer gegen die Exportoffensive als Mittel der Verlagerung binnenwirtschaftlicher Probleme nach draußen gesprochen.

Demokratische Wirtschaftspolitik ist darüberhinaus Friedenspolitik. Sie setzt weder in der Konjunktur – noch in der Wachstums- und Außenwirtschaftspolitik auf den Ausbau des militärischen Potentials. Gleichzeitig entzieht sie die Rüstungspolitik dem Kalkül und der Eigendynamik der privaten Wirtschaft und schafft so die ökonomisch-politischen Voraussetzungen für eine wirksame Abrüstungspolitik. Darüberhinaus trägt sie durch die Vermeidung aggressiver außenwirtschaftlicher Strategien entscheidend zum Abbau internationaler Spannungen bei. Gerade die letzten Jahre haben am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Versorgung der Industriestaaten mit Erdöl gezeigt, wie notwendig eine auf internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung gerichtete Wirtschaftspolitik ist.

Das gesamte Bündel der hier dargestellten Elemente demokratischer Wirtschaftspolitik ist in der bisher vom Arbeitskreis »Alternativen der Wirtschaftspolitik« veröffentlichten Memoranden eingegangen. Dabei ist unbestritten, daß einzelne Aspekte erst mit der Zeit aufgenommen werden konnten, einige noch immer nur ganz unzureichend ausgearbeitet sind. Dennoch wird deutlich, daß eine Kritik der Memoranden zu kurz greift, wenn sie einzelne Elemente des gesamten Politikbündels isoliert, und diese dann außerhalb des Kontextes kritisiert: Wenn die Memoranden beispielsweise eine Verpflichtung der staatlichen Politik auf das Beschäftigungsziel fordern, so hat dies nichts mit »Staatsfixierung« und »Keynesianismus« zu tun, wenngleich die staatliche Wirtschaftspolitik von den Memorandumautoren als eines der Zentren der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung angesehen wird und wenn die kreislauftheoretischen Ergebnisse der Keynesschen Analyse für im Kern richtig gehalten werden. Wenn die Memoranden die Ausweitung der Massenkaufkraft für erforderlich halten, so ist dies nicht Ausdruck der Tatsache, daß der Memorandumkreis die Krise allein von der Seite der privaten Konsumnachfrage her für lösbar hält, sondern trägt der Bedeutung des Lohnes als Nachfragefaktor im Verhältnis zu den Profiten und ihrer Verwendung ebenso Rechnung, wie dem Versuch, der Abwälzung von Krisenla-

sten auf die Lohnabhängigen entgegenzutreten.
Und wenn der Memorandumkreis schließlich Nullwachstums- und Schrumpfungsoptionen einiger Theoretiker der Alternativszene entgegentritt (vgl. z.B. Berger, 1981, S. 93), so nicht deshalb, weil wir das bloß quantitative Anwachsen des Sozialprodukts für eine zwingendes Ziel der Wirtschaftspolitik halten, sondern weil einerseits eine Orientierung auf Schrumpfung unter den gegenwärtigen Bedingungen nichts anderes bedeutet, als das Sich-Einrichten auf Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Andererseits gibt es im Umwelt-, Arbeitshumanisierungs-, Städte-, Wohnungs- und Energiebereich Felder qualitativen Wachstums, für die erhebliche Investitionen aufgebracht werden müssen. Im Zentrum demokratischer Wirtschaftspolitik steht ein alternativer Typ qualitativen Wachstums, der sich auch auf die institutionelle Absicherung demokratisch zentraler und dezentraler Entscheidung und Kontrolle erstrecken muß. Unter den gegenwärtigen Systembedingungen aber bedeutet faktisches Nullwachstum und Schrumpfung eine erhebliche Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung, ohne daß einer Lösung der ökologischen Krise näher gekommen würde. Das »Wie« wirtschaftlichen Wachstums steht im Zentrum alternativer Wirtschaftspolitik, die die aktuellen Krisenprobleme nicht zugunsten langfristiger Entwürfe ignoriert, sondern kurz- und langfristige Lösungsstrategien zu integrieren versucht.

3.

Die *Analyse der Grundlagen wirtschaftspolitischen Handelns* muß erstens die staatliche Politik als konkrete Ausformung politischer Handlungsspielräume bestimmen und zweitens die strategischen Handlungsmuster zur Durchsetzung demokratischer Wirtschaftspolitik herausarbeiten.
Staatliche Politik ist weder die bloße Subjektivierung ökonomischer Zwänge, noch ist der bürgerliche Staat als der zum Subjekt gewordene Gesamtkapitalist zu begreifen. Umgekehrt findet Politik nicht im ökonomiefreien Raum statt. Die Vermittlung ökonomischer Entwicklungsprobleme der gesellschaftlichen Reproduktion und die Formulierung von Klasseninteressen in staatliches Handeln findet gerade in der Auseinandersetzung widersteitender gesellschaftlicher »Gruppen« um die Ausrichtung staatlicher Politik statt. An dieser Auseinandersetzung nehmen »schweigende Mehrheiten« als Wahlvolk ebenso teil wie Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Bürger- und sonstige Vereinigungen sowie einzelne Großunternehmen. Gleichzeitig ist die nationale staatliche Politik immer eingebunden in das Raster internationaler Beziehungen.
Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände können dabei als die Auseinandersetzung zum Teil vorstrukturierende, zum Teil auch selbstregulierende Institutionen gefaßt werden. Während die Gewerkschaften (vor allem als Einheitsgewerkschaften) und die Unternehmerverbände das jeweils »durchschnittliche« Klasseninteresse – so, wie es von ihren Mitgliedern subjektiv wahrgenommen und eingebracht werden kann – zu formulieren suchen, sind die unterschiedlich positionierten Parteien als Institutionen jeweils spezifisch ausgestalteter »Klassenkompromisse« zu begreifen. (Die im parlamentarischen System herausragende Rolle der politischen Parteien prägt natürlich auch die Diskussion innerhalb der im engeren Sinne als Klassenorganisation zu verstehenden Institutionen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände.)
Die in der Auseinandersetzung um die Ausgestaltung staatlicher Politik teilnehmenden

Gruppierungen (»Kräfte«), nehmen die ökonomischen und sozialen Entwicklungsprobleme der gesellschaftlichen Reproduktion unterschiedlich wahr und formulieren vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen entsprechend differierende Anforderungen an das staatliche Handeln.
Wenn auch meist unzureichend dargestellt und nicht immer stringent durchgehalten, formuliert der Memorandumkreis seine Kritik staatlicher Wirtschaftspolitik und vor allem seine kurzfristigen Alternativen aus einer so zu fassenden politiktheoretischen Position heraus. Die Kritik Krätkes, komplexe politiktheoretische Ansätze hätten in den Memoranden »keinen Platz« (Krätke, 1981, S.99), ist deshalb vordergründig, weil sie sich an einzelnen, zugegebenermaßen mitunter unzureichenden Formulierungen orientiert, statt die zumindest implizit nachzuvollziehende politiktheoretische Position aufzunehmen.

4.

Die Analyse der Grundlagen politischen Handelns umfaßt in unserem Zusammenhang jedoch nicht nur die Betrachtung staatlicher Politik, sondern auch die Frage, wie die Forderung nach Alternativen für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung relevant werden kann und an welches strategisches Kalkül sie geknüpft ist. Läßt man einmal die Unterstellung beiseite, es ginge dem Memorandumkreis darum, »über eine aggressive Lohnpolitik die wirtschaftliche Krise noch zu verschärfen und in Verbindung mit nicht erfüllbaren wirtschaftspolitischen Forderungen die politische Polarisierung bis zum endgültigen Zusammenbruch dieses Systems voranzutreiben« (Henschel, 1980, S.14), was einer Neuauflage unproduktiver Zusammenbruchshoffnungen entsprechen würde, so läßt sich die Frage der Durchsetzbarkeit demokratischer Alternativen in der Wirtschaftspolitik gegenwärtig auf die Frage des *Adressaten* entsprechender Forderungen verkürzen. Dies allerdings nur unter der Bedingung, daß der Begriff des Adressaten nicht seinerseits verkürzt wird auf den Begriff des Durchsetzers von Alternativen. Mit dieser doppelten Verkürzung nämlich wird die argumentationsleitende Frage, wie sich die Forderung nach erfolgreicher wirtschafts- und sozialpolitischer Neuorientierung - und nicht nach Zusammenbruch - politisch artikulieren und dabei handlungsrelevant werden kann, auf die Frage »Wer setzt sie hier und jetzt durch?« reduziert. Und wenn die Frage »Is' da wer?« mit »Nein!« beantwortet werden muß, wird messerscharf geschlossen: »Alternative Wirtschaftspolitik muß in der Bundesrepublik mit der Tatsache leben, daß sie derzeit keinen Adressaten besitzt.« (Lohmann, 1980, S. 54)
Das Adressatenproblem stellt sich jedoch völlig anders. Adressaten der Memoranden sind all jene gesellschaftlichen Gruppen, in denen unsere Vorschläge eingebracht und diskutiert werden müßten und können. Denn der erste Schritt zur Durchsetzung von Alternativen ist zunächst, das *Denken* in Alternativen bei den politisch engagierten Individuen bzw. ihren Organisationen gegen den permanenten Formierungsdruck zu verankern, der auf die Darstellung der praktizierten Wirtschaftspolitik als einzig angemessene drängt. Dies impliziert, daß diese Gruppen auch dann Adressaten bleiben, wenn sie die Vorschläge der Memoranden nicht einhellig oder nicht einmal mehrheitlich für richtig halten bzw. sich zu eigen machen.
In diesem Sinne lassen sich überblickhaft eine ganze Reihe von Adressaten der Memoranden nennen (vgl. hierzu auch Bömer u.a., 1980; Eißel, 1980):
(1) Die herrschende Wirtschaftswissenschaft: Die Entwicklung von Theorie und Praxis de-

mokratischer Wirtschaftspolitik wendet sich gegen die herrschende Wirtschaftswissenschaft, die wirtschaftliche Krisenursachen nicht im ökonomischen, gewinngesteuerten Regulierungssystem, sondern vor allem in der Existenz politischer Regulierung, Intervention und Kontrolle festzumachen versucht. Damit ist die Etablierung einer Gegenforschung intendiert, die unter dem Anspruch steht, frei von Marktideologie, reale, institutionelle Strukturen und Prozeduren ökonomischer Entwicklung auf immanente Krisentendenzen und die Notwendigkeit der Durchsetzung alternativer Strategien hin zu analysieren.
(2) Die breite Öffentlichkeit: In Form breiter Veröffentlichung ihrer Analysen und Vorschläge sowie deren Vorlage auf Pressekonferenzen, trägt die Politik der Memorandumgruppe dazu bei, eine »Gegenöffentlichkeit« zu schaffen, die der wirtschaftspolitischen Berichterstattung der Massenmedien entgegentritt.
(3) Die Träger praktizierter Wirtschaftspolitik: Die Vorschläge zur alternativen Wirtschaftspolitik richten sich - auch im Sinne der positiven Einflußnahme auf die praktizierte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung sowie die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank - ebenfalls an die unmittelbaren Träger der kritisierten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Als Adressat spielen diese natürlich ebenso nur dann eine Rolle, soweit sie Spielraum für eine offene Diskussion von Alternativen bieten. In dem Maße, wie dies nicht der Fall ist - beispielsweise unter Fortführung der gegenwärtigen Austeritätspolitik der Bundesregierung und erst recht unter einer CDU/CSU- Bundesregierung - verlieren sie tendenziell den Charakter des unmittelbaren Adressaten.
(4) Die politischen Parteien: Die Memoranden versuchen auch, in die innerparteiliche Auseinandersetzung vor allem der SPD einzugreifen, weil hier noch die Möglichkeit der systemkritischen Debatte gegeben ist. Wenn nämlich - was fälschlicherweise gegen die Memorandumposition gerichtet wird - in Parteien »verschiedene, partikulare Klassenkräfte auf verschiedene Weise zu 'arbeitenden Körpern' formiert sind« (Krätke, 1981, S. 99), dann gilt es, Einfluß zu nehmen auf die Kompromißlinie, die der Arbeitsfähigkeit dieser »Körper« zugrunde liegt.
(5) Die Gewerkschaften stellen ohne Zweifel für den Memorandumskreis den wichtigsten Adressaten dar. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Memoranden der Vergangenheit seitens führender DGB-Organe einem Wechselbad von zurückhaltender Zustimmung und mitunter deutlicher Ablehnung ausgesetzt waren. Entscheidend ist vielmehr, daß die Vorschläge der Memoranden in der gewerkschaftlichen Debatte präsent sind. Dies kann nicht bedeuten, daß der Memorandumkreis darauf abzielt, gewerkschaftliche Positionen für die Organe der innergewerkschaftlichen Willensbildung quasi vorzuformulieren, noch wird er sie an Stelle eigener Analyse zu übernehmen haben. Diese doppelte Distanz spiegelt die wissenschaftliche Eigenständigkeit des Memorandumkreises wider.
Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung findet unter erheblichem Einfluß »von außen« statt, sei es von Seiten der Regierung, der Parteien und Verbände, sei es von Seiten der Massenmedien. Die Auseinandersetzung um die jeweils angemessene Gewerkschaftspolitik ist also keineswegs auf das innere Diskussionsfeld der Gewerkschaften beschränkt, sondern hat teilweise öffentlichen Charakter. Für die Verfechter einer demokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik kommt es darauf an, sich in diese Debatte einzubringen, sei es, um die für die interne Gewerkschaftsdebatte relevanten ökonomischen Theorien zu untersuchen, sei es im Bemühen um ein gesellschaftspolitisches Klima, das die unvoreingenommene Diskussion gewerkschaftlicher Grundauffassungen ermöglicht.
Sich in dieser Auseinandersetzung als weitgehend autonomer wirtschaftspolitischer Diskus-

sionskreis zu behaupten, ist keineswegs einfach, dem Memorandumkreis bisher aber im Großen und Ganzen gelungen. Gleichzeitig konnten die bisher veröffentlichten Memoranden sehr stark in die innergewerkschaftliche Diskussion eingebracht und dort in kritischer Auseinandersetzung sehr umfassend diskutiert werden, nicht zuletzt deshalb, weil die Gewerkschaften in einer Vielzahl von Grundsatzbeschlüssen die hier skizzierte Ausrichtung einer demokratischen Wirtschaftspolitik zu wichtigen Teilen selbst festgeschrieben haben. Diese Ausrichtung auf das gesellschaftspolitische Umfeld gewerkschaftlicher Politik erklärt auch, mit welcher Zielsetzung die der Öffentlichkeit über die Massenmedien mitgeteilten »Memoranden« von Funktionsträgern der Gewerkschaften unterzeichnet worden sind: Die Unterzeichnenden richten sich mit ihrer Unterschrift gegen jene Strategien, die die Öffentlichkeit auf eine Politik im Interesse der Unternehmenswirtschaft einschwören und damit gegen gewerkschaftliche Grundauffassungen abrichten sollen.

(6) Im Lauf der letzten Jahre ist die Alternativbewegung zu einer wichtigen und in einzelnen, durchaus zentralen Bereichen auch zukunftsweisenden sozialen Bewegung geworden. Vor allem deshalb wird sie zunehmend Adressat der Memoranden. Die Möglichkeiten fruchtbarer Auseinandersetzung sind keineswegs ausgeschöpft. Dabei geht es für den Memorandumkreis vor allem darum, nach Möglichkeiten zu suchen, die von den Verfechtern der Alternativökonomie favorisierten »kleinen Netze« mit den großen Netzen der gesellschaftlichen Reproduktion zu verknüpfen bzw. deutlich zu machen, daß diese Verknüpfung erforderlich ist, wenn die Alternativbewegung mehr sein will als das kurze Aufbeben gegen die das menschliche Leben innerhalb wie außerhalb der Fabriken reduzierende bzw. gefährdende Vorherrschaft des Profitkalküls. Will die Alternativökonomie nicht nur Annex zu unveränderten Produktionsverhältnissen sein, die jene alimentieren, dann muß eine gesellschaftsumfassende Reformkonzeption anvisiert werden. Gleichzeitig kommt es uns darauf an, die Ignoranz der Alternativbewegung gegenüber der Auseinandersetzung um die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu brechen. Es muß deutlich werden, daß der Kampf um »die Staatsknete« auch ein Kampf um die Spielräume basisnaher Institutionen ist. Eine restrikte Haushaltspolitik des Staates erschwert in der gegenwärtigen Situation nicht nur in ökonomischer Hinsicht den Aufbau und Fortbestand von Alternativprojekten, sondern schafft zusätzlich ein Klima der Gegenreform, dessen eigenes Produkt sie teilweise ist und das auch für das Erproben neuer Lebens- und Arbeitsformen engere Grenzen setzt, weil für eine Vielzahl von Menschen die materielle und soziale Existenz gefährdet ist.

Dies ist nicht gleichbedeutend mit einer Kritik, die es sich mit der gesellschaftspolitischen Potenz der Alternativen leicht macht und allein auf deren »Inselcharakter« verweist. Im Gegenteil, solche Inseln können notwendige Erfahrungsfelder alternativer Lebens- und Reproduktionsformen und gleichzeitig gesellschaftspolitisch aktivierend für die in ihnen tätigen Menschen sein. Aber – um im Bild zu bleiben – es gibt Inseln, die gehen unter. Andere gewinnen Umland. Eine solche »Landgewinnung« wäre nur zu erreichen, indem Praxis und Theorie der Alternativbewegung, soweit sie auf eine Demokratisierung von Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gerichtet sind, in die Industriearbeit, in die großen Institutionen der Produktion und Verwaltung hineinreichen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung arbeitet und von deren Ausgestaltung die Lebensqualität der Mehrheit der Bevölkerung in entscheidendem Maße abhängt.

5.

Die Arbeit am Entwurf demokratischer Alternativen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist nicht allein in der BRD aufgenommen worden und dort beileibe nicht auf den Memorandumkreis beschränkt.
Überall dort, wo die gesellschaftliche Entwicklung auf die ungestörte Freisetzung von unternehmerischen Profitstrategien ausgerichtet ist und werden soll, erhebt sich die Kritik in Form von Gruppen der Alternativökonomie. In England hat sich zu Beginn des Jahres 1981 eine Gruppe von 364 renommierten Wirtschaftswissenschaftlern kritisch zur praktizierten, monetaristisch angeleiteten Politik Thatcher's zu Wort gemeldet. Auch in Dänemark, Holland und Schweden ist die Debatte um wirtschaftspolitische Alternativen in vollem Gange. Gemeinsames Anliegen derartiger Initiativen ist es vor allem, Argumentationshilfe für all diejenigen Institutionen und Personengruppen zu geben, die daran interessiert sind, daß der wirtschaftspolitische Handlungshorizont zugunsten der abhängig Beschäftigten – außer- und innerhalb von Beschäftigungsverhältnissen – erweitert bzw. aufgebaut wird. Ein wichtiger Anspruch ist dabei, daß durch die Formulierung konkreter Alternativen, die zugleich Kritik praktizierter Wirtschaftspolitik darstellt, Mobilisierungshemmnisse für die bewußte Interessenwahrnehmung der Lohnabhängigen, die durch Desorientierung und Perspektivlosigkeit verursacht sind, abgebaut werden müssen.
Gegen eine Überschätzung der möglichen Wirkungen auf diesem Pfade sprechen bürgerliche Hegemonie in der Massenbeeinflussung ebenso wie das umfangreiche Arsenal von sozialen Pazifierungs- und Kriminalisierungsstrategien gegenüber abweichendem Verhalten (Berufsverbote, polizeiliche und gerichtliche Verfolgung, Aufstiegsillusionen, Einkommenskorrumpierung u.ä.) und nicht zuletzt die Mediatisierung der Stimmbürger, der einfachen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder durch hierarchische Strukturen in Gesellschaft und Staat.
Gegen die Überschätzung der politischen Wirksamkeit der Formulierung wirtschaftspolitischer Alternativen spricht auch, daß sich die Analysen und Forderungen vorwiegend – und wegen der kurzfristigen Orientierung zwangsläufig – auf staatliches Handeln beziehen und die Makroebene der Ökonomie selten verlassen. Die Strategie alternativer Wirtschaftspolitik orientiert hier vor allem auf den über die öffentlichen Budgets vollzogenen Verteilungskampf. Die Einflußnahme soll zugleich dazu beitragen, daß sozialökonomische Spielräume durch staatliches Handeln erweitert werden. Diese notwendige Orientierung verliert gelegentlich den Bezug zur Ebene betrieblicher Auuseinandersetzungen. Organisationsformen des unmittelbaren Widerstands gegen inhumane Lebensbedingungen, politische Strategien für den betrieblichen Kampf, sind beispielsweise nicht unmittelbar Gegenstand der Memoranden. Was vor allem beabsichtigt ist, ist eine zunehmende Verstärkung der Forderungen an den Umverteilungsstaat und die Herstellung erhöhten Legitimationsdrucks in Richtung auf eine arbeitsorientierte staatliche Politik. Die Handlungserwartungen richten sich folglich vorwiegend an den Staat – bisher zumeist noch an den Zentralstaat, in zunehmendem Maße aber auch an die Länder und Kommunen. Insofern können die Memoranden nur indirekt Mobilisierungseffekte haben. Zentraler Platz der Auseinandersetzung ist die öffentliche Meinungsbildung in Bezug auf gesamtwirtschaftliche Politiken.
Wir meinen, daß trotz der vielfältigen Einschränkungen die »Memoranden« einen wichtigen Platz einnehmen können, wenn es darum geht, die Palette kurzfristiger und transformatorischer Strategien zur Systemreform durchzusetzen. Schließlich erschöpft sich die Do-

minanz des Kapitals nicht darin, die Arbeitskraft auszubeuten, und den gesellschaftlichen Reichtum einseitig - auch durch Einfluß auf den Staat - zu verteilen. Die hegemoniale Macht gilt auch dem Kopf des Arbeiters. Bürgerliche Ideologien sollen die Arbeiter desorientieren, die Apathie vergrößern und insgesamt ihre Interessenwahrnehmung lähmen. Wenn man unterstellt, daß das Verhältnis von Politik und Ökonomie in bürgerlich-parlamentarischen Gesellschaften durch Massenloyalität, Legitimationserwartungen und -druck zugunsten arbeitnehmerorientierter Interessen relativiert werden *kann*, dann modifiziert die Struktur der öffentlichen Meinung den Handlungsrahmen des administrativen Systems und drängt mehr oder auch weniger auf die politische Suspendierung allein systemorientierter ökonomischer Sachzwänge. Dies ist das Feld unserer kritischen Einmischung.

6.

Ein wichtiger Punkt der Beurteilung der »Memorandums«-Praxis bleibt in diesem Zusammenhang die Frage, warum sie sich in der praktizierten Wirtschaftspolitik so wenig niederschlägt. Ohne hier auf Fehler und Schwächen unserer Arbeit einzugehen, die sicherlich Anlaß zu mancher Kritik geben mußten, ist gerade die inhaltliche Ausrichtung des Konzepts einer »alternativen Wirtschaftspolitik« auch der Grund dafür, warum dieses auf Widerstände stößt. Eine SPD-Regierung, die sich in Zusammenarbeit mit der FDP auf pragmatisches Regierungshandeln einläßt - was nichts anderes bedeutet, als sich an die Logik des Systems anzupassen und strukturelle Reformen aufzugeben - hat gegenüber ihrer Wählerbasis, die mehrheitlich immer noch aus den Arbeiterreihen und unterprivilegierten Schichten kommt, einen schweren Stand bzw. steht in einer prekären Situation: Das Auswechseln des programmatisch demokratischen, reformerischen Sozialismus durch einen Pragmatismus, der sich allenfalls als reformistischer Spätkapitalismus erweist und sich konzeptionell in der schlichten Politik des Machterhalts und -erwerbs erschöpft, läßt die Attraktivität und die Legitimität der Regierenden in den Augen ihrer Anhänger sinken. Der Legitimationsverlust kann begrenzt werden, solange es gelingt, undemokratischen Pragmatismus und Rücknahme von Reformen als Sachzwang (Finanzkrise etc.) auszugeben. Die Memoranden wenden sich kritisch gegen diese angebliche »Politik ohne Alternative«, des »finanzpolitischen Augenmaßes«, der »Zwangsläufigkeit« und den ganzen Kanon der Begründungen für beschäftigungspolitische Abstinenz und Kürzungen im Sozialbereich. Durch die Kritik der aktuellen Wirtschaftspolitik tragen sie dazu bei, die Akzeptanz derartiger Rechtfertigungen zu durchbrechen. Demokratische Wissenschaft wird dem sich wertneutral gebenden Sachverstand, der vor allem mit dem Dauerhinweis auf schwer durchbrechbare Sachgesetzlichkeiten argumentiert, gegenübergestellt und dient so dem Ziel, den postulierten Sachzwang als politisches Interesse zu entzaubern.
Die Memoranden-Arbeit richtet sich mithin an all die politischen Kräfte, die die Interessen abhängig Beschäftigter - in und außerhalb von Beschäftigungsverhältnissen - in den Mittelpunkt ihrer Strategie stellen.

Literatur

Berger, Johannes, 1981: Wandlungen von Krisenursachen im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, in: Alternative Wirtschaftspolitik 3, Argument-Sonderband 68, Berlin 1981

Bömer, Hermann u.a., 1980: Alternative Wirtschaftspolitik, in: Deppe, F. u.a. (Hrsg.), Marxismus und Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1980

Eißel, Dieter, 1980: Zielsetzung und Probleme der Formulierung und Dutchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: Alternative Wittschaftspolitik 2, Argument-Sonderband 52, Berlin 1980

Henschel, Rudolf, 1980: Wer kann der politische Adressat einer alternativen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland sein?, in: Alternative Wirtschaftspolitik 2, a.a.O.

Hübner, Kurt und Michael Stanger, 1981: »Operation '82«, in: Moderne zeiten 10/81

Spahn, Peter, 1980: Neoklassik und Linkskeynesianismus, in: Leviathan 4/79

Krätke, Michael, 1981: Der Sozialstaat in der Geldklemme, in: Alternative Wirtschaftspolitik 3, a.a.O.

Lohmann, Karl-Ernst, 1980: Kritik der politischen Grundlagen der Memoranden »Alternativen der Wirtschaftspolitik«, in: Alternative Wirtschaftspolitik 2, a.a.O.

Zu den Autoren dieses Heftes

Gert-Joachim Glaeßner ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin mit Arbeitsschwerpunkt Länder des »real existierenden Sozialismus«.

Christine Bucy-Glucksmann ist Dozentin an der Universität von Vincennes. Veröffentlichungen über die Staatstheorie Gramscis, neuerdings - wenn auch in verstümmelter Form - in deutsch vorliegend (Pahl-Rugenstein Verlag); zusammen mit G. Therborn: Der sozialdemokratische Staat (VSA-Verlag, erscheint 1982).

Angelo Bolaffi ist Dozent an der Universität von Rom am Fachbereich Politische Wissenschaft. Mitarbeiter der Zeitschrift Rinascita, Mitherausgeber der 3-Monatszeitschrift »Laboratorio Politico«. Veröffentlichungen über die deutsche Staatsdiskussion in der Weimarer Republik, über Fragen des Terrorismus und zu aktuellen politischen Ereignissen.

G. Maramao ist Professor an der Universität von Neapel im Fachgebiet Politische Wissenschaften. Mitherausgeber von »Laboratorio Politico«. Veröffentlichungen über die Staatstheorie des italienischen Marxismus und den Austromarxismus.

Wolfgang Fach ist Professor an der Universität Konstanz. Veröffentlichungen zum »Modell Deutschland«.

Gerd Rudel lebt in München. Seine umfassendere Arbeit zum Thema »Entwicklung der marxistischen Staatstheorie in der Bundesrepublik« wurde im Campus Verlag veröffentlicht.

Peter Brandt, Historiker, arbeitet als Hochschulassistent am Institut für Geschichtswissenschaft der TU Berlin. Forschung und Veröffentlichungen zu den Themen: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Novemberrevolution, preußische Geschichte und zur »Deutschen Frage«.

Günter Minnerup, Magister in Geschichte und Soziologie. Seit 1975 Dozent für deutsche Politik und Zeitgeschichte an der Technischen Universität Portsmith / Großbritannien.

Heide Gerstenberger ist Professorin an der Universität Bremen. Verschiedene Veröffentlichungen zur Staatstheorie.

Rudolf Hickel (Professor in Bremen) und *Michael Ernst-Pörsken* gehören zu den Mitautoren und -herausgebern des »Memorandums«. Verschiedene Veröffentlichungen zu Fragen der Wirtschafts- und insbesondere der Finanzpolitik.